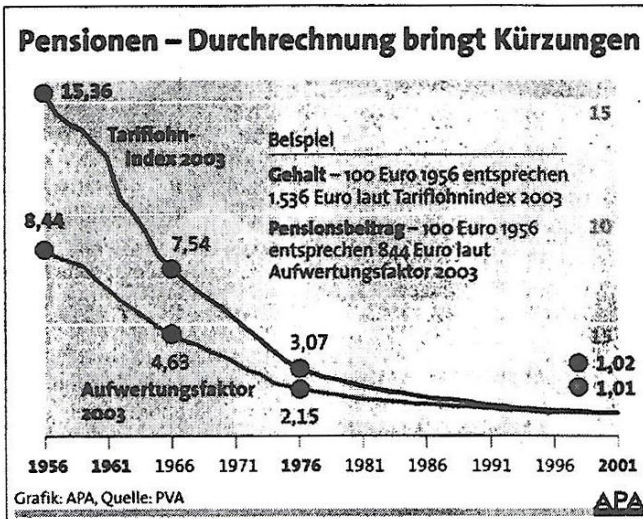


Pensionsreform: Kritik an zu niedrigen Aufwertungsfaktoren bei längerem Durch

Ruf nach Korrekturen

Der Regierungsentwurf zur Pensionsreform sorgt weiter für heftige Diskussionen. Im Mittelpunkt standen dabei die möglichen negativen Folgen eines längeren Durchrechnungszeitraumes auf die Pensionshöhe. Wirtschaftsbund-Generalsekretär Karlheinz Kopf warnte indessen eindringlich vor einer neuerlichen Verwässerung der Pensionsreform, wie dies bereits in der Vergangenheit der Fall war.



Mit der Ausdehnung des Durchrechnungszeitraums auf 40 Jahre kommt für die Bemessung der Pensionshöhe den so genannten „Aufwertungsfaktoren“ entscheidende Bedeutung zu. Ohne eine Verbesserung der Aufwertungsfaktoren wäre dies für Sozialforscher Bernd Marin „kalte Enteignung“. Denn wer 1970 100 Euro verdient hat, hätte dafür im Vorjahr allein auf Grund der seither erfolgten Mindestlohn-Erhöhung 575 Euro bekommen, also das 5,75-Fache. Mit diesem Faktor müssten auch die Pensionsansprüche multipliziert werden. Der tatsächliche Multiplikator für das Jahr 1970 liegt aber nur bei rund 3,57. Bisher wurde das Problem umgangen, indem der Durchrechnungszeitraum nur die besten – also in der Regel die letzten – 15 Jahre umfasst hat.

Laut AK-Experte Helmut Ivansits drohen im Vollausbau (ab 2028) Einbußen von 25 Prozent. Bis dahin könne von einem Prozent Minus pro Jahr ausgegangen werden, meinte Ivansits gegenüber der APA. Aber auch wenn der Tariflohnindex herangezogen würde, hätte dies noch Einbußen von rund acht Prozent zur Folge.

FPÖ-Vize Max Walch beharrt darauf, dass die „Hackler-Regelung“ wie bisher erhalten bleibt. AK-Berechnungen, wonach auch Personen mit langen Versicherungszeiten, Verluste von durchschnittlich 15 Prozent hinnehmen müssen, wollte Walch nicht glauben. Wenn im Begutachtungsentwurf doch solche Kürzungen enthalten sein sollten, müsse man „Fehler richtig stellen“. Für den Grünen Sozialsprecher Karl Öllinger sind die Verschärfungen der Hackler-Regelung „der absolute Hammer“.

Warnung vor neuerlicher Verwässerung

Der Leiter des Institutes für Höhere Studien, Bernhard Felderer, und Wirtschaftsbund-General Karlheinz Kopf haben am Donnerstag die von der Regierung geplante Pensionsreform verteidigt und die Kritik an ihr zurückgewiesen. Kopf warnte davor, die jetzt geplanten Maßnahmen „zu verwässern“. Wer die Reformen blockieren wolle, gefährde die

Grundlagen des Sozialstaates. Dass die SPÖ ein Volksbegehren gegen die Regierungspläne in Betracht zieht, ist für Kopf ein „Argumentations-Notstand“ einer einst staatstragenden Partei.

Auch Felderer wertet die Regierungsvorhaben als „richtigen Übergang zu einem Pensionskontosystem“. Längere Durchrechnungszeiten und längeres Arbeiten seien der einzige Weg, um dem „Horror“ der Halbierung der Pensions-Ersatzrate zu begegnen. Die Kri-

tik am längeren Durchrechnungszeitraum kann er nicht nachvollziehen, gerade die AK habe dies früher gefordert.

Änderungen auch bei Politiker-Pensionen

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein kündigte unterdessen an, dass er auch die Politiker in die Pensionsreform einbeziehen will. Auch ihr Pensionsalter könnte auf 65 Jahre steigen. Ein entsprechender Initiativantrag soll im Nationalrat eingebracht werden.